FDP
Die Liberalen

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

Bern, 14. Juli 2026 / SO
20260812_VL_Meldung_Personen_d

Elektronischer Versand: *vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch*

Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Meldung von Personen mit besonderem Beratungsbedarf bei der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung)

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, uns im Rahmen der Konsultation zum oben genannten Objekt zu äussern. Nachstehend finden Sie unsere Stellungnahme.

FDP.Die Liberalen unterstützt das Ziel, das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen und die Erwerbsintegration von Personen, die rechtmässig im Familiennachzug in der Schweiz zugelassen wurden, zu verbessern. Integration gelingt am besten über Sprache, Bildung, Arbeit und Eigenverantwortung. Wer dauerhaft in der Schweiz lebt, soll möglichst rasch am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dies stärkt die Selbstständigkeit der Betroffenen, entlastet die Sozialwerke und hilft angesichts des Fachkräftemangels auch den Unternehmen.

Gleichzeitig hält die FDP klar fest: Die vorliegende Vorlage darf nicht als Lockerung oder Ausweitung des Familiennachzugs verstanden werden. Die FDP setzt sich weiterhin für einen restriktiven, klar geregelten und integrationsorientierten Familiennachzug ein. Familiennachzug darf nicht zur Einwanderung in den Sozialstaat führen. Deshalb sollen Nachziehende grundsätzlich nachweisen müssen, dass sie für sich und die nachzuziehenden Personen finanziell aufkommen können; Identität und familiäre Beziehung müssen zuverlässig belegt sein, bei Zweifeln auch mit geeigneten Beweismitteln wie DNA-Analysen. Bei vorläufig Aufgenommenen ist der Familiennachzug besonders zurückhaltend zu handhaben, da ihr Aufenthalt grundsätzlich temporär ist.

Die vorliegende Vorlage betrifft jedoch Personen, die bereits rechtmässig zugelassen sind. Bei ihnen ist es richtig, Erwerbsintegration konsequent einzufordern und zu fördern. Die vorgeschlagene Meldepflicht überzeugt in der heutigen Form aber nicht. Sie ist zu starr, zu schematisch und verursacht zusätzlichen Aufwand für Kantone und Gemeinden. Der Erstkontakt ist häufig zu früh, um den beruflichen Beratungsbedarf zuverlässig festzustellen. Zudem bedeutet Nichterwerbstätigkeit nicht automatisch, dass eine Beratung angezeigt ist.

Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung muss ein freiwilliges und unterstützendes Angebot bleiben. Wird sie zu stark mit behördlichen Meldungen verknüpft, droht sie als Kontrollinstrument wahrgenommen zu werden. Das schwächt das für eine wirksame Beratung notwendige Vertrauen.

Die FDP beantragt deshalb, die Vorlage zu überarbeiten. Statt einer starren Meldepflicht braucht es eine schlanke, freiwillige und kantonal flexible Lösung: Personen mit erkennbarem Beratungsbedarf sollen gezielt informiert und mit ihrem Einverständnis an die BSLB verwiesen werden können. Zudem ist die Finanzierung zu klären; dauerhafte neue Aufgaben dürfen nicht ohne gesicherte Mitfinanzierung auf Kantone und Gemeinden überwälzt werden.

FDP.Die Liberalen lehnt die Vorlage in der heutigen Form ab und fordert eine freiwillige, wirksame, kantonal flexible und finanziell geklärte Lösung.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident	Die Co-Präsidentin	Der Generalsekretär
Benjamin Mühlemann	Susanne Vincenz-Stauffacher	Jonas Projer
Ständerat	Nationalrätin	